

# ANTISEMITISMUS IN OSTEUROPA NACH DEM HOLOCAUST

Wolfgang Benz

Osteuropa war der Hauptschauplatz des Völkermords an den Juden. Die Nationalsozialisten fanden in Polen, im Baltikum, in der Ukraine, in Weißrußland Traditionen der Judenfeindschaft vor, die sie für ihre Zwecke ausnützten. Nach dem Ende des sowjetischen Herrschaftssystems lebte der Antisemitismus, dessen Ideologie aus dem 19. Jahrhundert stammte und in älteren religiösen Überlieferungen wurzelte, wieder auf und zeigt sich seit einem Jahrzehnt in vielen Formen. Vor dem Hintergrund neuer rechtsextremistischer Bewegungen wird Judenfeindschaft wieder öffentlich artikuliert.

Muß man sich am Ende des 20. Jahrhunderts, in dessen Mitte das Vorurteil des Antisemitismus die Grenzen aller Phantasie sprengend bis zum Völkermord ausgelebt wurde, immer noch mit den alten Vorbehalten gegen die Juden beschäftigen? Für jeden, der sich mit der Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten auseinandersetzt, der das Phänomen der Fremdenfeindschaft ergründen und die Strukturen und Instrumentalisierungen von Vorurteilen erkennen will, ist Antisemitismus der Gegenstand akademischer Erörterung schlechthin: aus methodischen Gründen, als Objekt des Vergleichs, als eine Art Leitfossil, weil er das traditionsreichste Ressentiment gegen eine Minderheit ist oder auch als allgemein geläufiges System der Diffamierung. Leider hat der Antisemitismus in Europa aber nicht nur als tertium comparationis Bedeutung, seine akuten und konkreten Erscheinungen in vielen Ländern stehen aus vielfach gegebenem Anlaß ebenso wieder zur Diskussion wie die davon zu abstrahierenden Erkenntnisse über Vorurteile und Diskriminierungsmechanismen.

Wenn uns also Antisemitismus nicht nur als akademisches, als historisches, als soziologisches Problem beschäftigt, wenn uns auch die gegenwärtigen Erscheinungen des Phänomens interessieren, dann mag es gerechtfertigt erscheinen, zu Beginn die politischen und moralischen Dimensionen anzudeuten, die unser Gegenstand hat. Ob Antisemitismus nach Auschwitz noch existent sei, wäre da zu fragen, oder ob es Antisemitismus in Ländern ohne Juden geben könne. Die Antwort wissen wir längst, daß es nämlich nicht trotz Auschwitz, sondern eben gerade wegen Auschwitz neuen Antisemitismus gibt, der sich aus den Emotionen der Schuld und Scham nährt, der sich als Verleugnung oder Verharmlosung des Holocaust manifestiert, als Zionismuskritik und Israelfeindschaft maskiert. Solcher, in mancherlei Spielart vertretener Antisemitismus braucht keine real existierenden Objekte seines Hasses. Antisemitismus in Europa ist deshalb nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend zum Ressentiment gegen eine abstrakte Minderheit geworden.

Eine Meinungsumfrage in Polen, veranstaltet im Februar 1992, ergab, daß nahezu ein Drittel aller Polen der Meinung ist, Juden hätten zuviel Macht und Einfluß im Land. Die Feststellung enthält den stringenten Beweis für die These, daß Antisemitismus als Vorurteil und politische Einstellung ohne Juden nicht nur denkbar ist, sondern realiter mit großer Wirkung existiert. 40% der Polen, das zeigte eine andere Umfrage, sind antisemitisch eingestellt und zeigen das offen. In der Tschechoslowakei bekannten sich bei der gleichen Gelegenheit 23% zu ihrer Abneigung gegen Juden, in Ungarn waren es 17%.<sup>1</sup>

In Deutschland sind traditionelle antisemitische Vorurteilsstrukturen ebenso zu beobachten wie neue Formen des Ressentiments gegen Juden und andere Minderheiten. Sie speisen sich aus unverarbeiteten Gefühlen von Scham und Schuld, aber diese Ressentiments müssen sich nicht unbedingt gegen Juden richten. Während Juden für viele tabuisiert sind, haben andere Minderheiten die Rolle des Aggressionsobjekts übernommen. Nach empirischen Forschungen ist Antisemitismus als persönliches Vorurteil in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren im Rückgang begriffen. Rechnete man in den frühen Nachkriegsjahren mit einer antisemitischen Grundhaltung bei 20-40% der Deutschen, so zeigte in den 50er Jahren ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik eine klare und ein weiteres Drittel eine bedingte antisemitische Einstellung.<sup>2</sup>

Nach der Welle jüdenfeindlicher Schmierereien, die Weihnachten 1959 in Köln begann und dann weit über die deutschen Grenzen hinausschwappte, ergab eine Untersuchung im internationalen Vergleich, daß 47% der Deutschen und jeweils 46% der Briten und Franzosen deutlich antisemitische Einstellungen zu erkennen gaben; eine Disposition zum Vorurteil zeigten gar 61% der Deutschen, 55% der Briten und 58% der Franzosen. Mit diesen Erkenntnissen - sie wurden 1962 publiziert - war immerhin der Vermutung der Boden entzogen, es handele sich in der Größenordnung um ein spezifisch deutsches Phänomen. In den 70er Jahren lautete der demoskopische Befund, mindestens ein Viertel der Deutschen sei stark antisemitisch eingestellt, zwei Fünftel zeigten darüber hinaus eine leicht antisemitische

Haltung. In den Jahren 1986 bis 1988 wurden in drei Untersuchungen 15% der (West)-Deutschen als deutlich antisemitisch in ihrer Grundeinstellung diagnostiziert.<sup>3</sup>

Neueste Umfragen ergaben, daß noch etwa 13% der deutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen haben, in dieser Bevölkerungsgruppe überwiegen die Älteren. Bemerkenswert ist dabei der große Vorsprung der Westdeutschen (16%) vor den Bürgern der ehemaligen DDR (4%): Nach der gleichzeitig dort exzessiv demonstrierten Feindschaft gegen Ausländer überrascht dieses Ergebnis. Peinlich genug ist der Durchschnittswert der antijüdischen Ressentiments in Deutschland freilich allemal.<sup>4</sup>

Einzelne Stereotype sind in diesem Zusammenhang sicherlich aufschlußreicher als die rechnerische Gesamtbilanz antijüdischer Einstellungen. So glauben 18% der Deutschen, viele Juden versuchten aus der Vergangenheit Vorteile auf Kosten der Deutschen zu ziehen, 19% halten die religiöse Komponente des antisemitischen Ressentiments („Schuld der Juden am Tode Jesu“) noch für relevant, 20% halten Juden für „egoistisch“, 21% finden sie „intolerant“ und 36% stimmen der Behauptung zu, die Juden hätten zuviel Einfluß auf der Welt.

Diese einführenden Bemerkungen zum Antisemitismus in Deutschland dienen der Umgrenzung des Themas, sie sollen helfen, die Befunde in Osteuropa einzuordnen und zu bewerten.

In Polen lebten vor dem Holocaust, der mit Hitlers Überfall 1939 begann, annähernd 3,5 Millionen Juden, d.h. jeder zehnte polnische Bürger war Jude. Heute sind es noch maximal 15.000, eine Minderheit also, die ohne Einfluß, ohne Macht, ohne Lobby ist. Aber im Wahlkampf 1991 konnte man den Eindruck bekommen, „die Juden“ gehörten zu den wesentlichen Problemen des Landes. Mit dem wiederentstandenen polnischen Nationalismus lebte auch seine traditionelle antisemitische Komponente auf, nationalistische Splitterparteien wetteiferten in den Diskriminierungen der Juden, aber auch in den Reihen von Solidarnost waren antisemitische Parolen zu vernehmen, ebenso in postkommunistischen Gruppierungen, die auf der Linie der offiziellen antisemitischen (bzw. antizionistisch und antiisraelisch aufgemachten) Kampagnen des Jahres 1968 lagen.<sup>6</sup> Die katholische Kirche Polens, traditionell Trägerin jüdenfeindlicher Tendenzen, hat sich die offizielle päpstliche Haltung gegenüber den Juden (verkündet in „Nostra Aetate“ auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil 1966) noch nicht so recht zu eigen gemacht, davon zeugen antisemitische Pamphlete, die in Kirchen ausliegen, nicht weniger als Verlautbarungen von Geistlichen und frommen Politikern und, am weitesten verbreitet und unüberhörbar, die Sendungen der Rundfunkstation „Radio Maria“. Nach der Öffnung der Grenzen in Europa, mit dem Ende der Polarisierung der Machtblöcke in Ost und West, zeigt sich der Antisemitismus neu belebt - in traditioneller oder in neuartiger Erscheinungsform. Feindschaft gegen Juden manifestiert sich in Verbindung mit nationaler Selbstidentifikation und vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Umbrüche in Verbindung mit Ausländerhaß, Diskriminierung ethnischer Minderheiten oder Rechtsextremismus in Deutschland ebenso wie in Polen oder der ehemaligen Sowjetunion, in Frankreich wie in Rumänien. Die Ausprägungen und auch die Ursachen des wiederbelebten oder tradierten Phänomens weisen erhebliche regionale und nationale Unterschiede auf: Während es sich in Polen ganz offensichtlich um den traditionellen (religiös und politisch motivierten) Antisemitismus handelt, wurzelt die aktuelle Judenfeindschaft in Frankreich in der antiliberalen und neorassistischen Ideologie der dortigen „Neuen Rechten“. Ohne die gesetzlichen Hindernisse, die gegen rassistische Propaganda und die Leugnung des Holocaust, die Verhöhnung der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik aufgerichtet sind, agieren in Frankreich rechtsextreme Gruppen. Die „Front National“ als mitgliederstärkste Organisation propagiert unter der Führung Le Pens zwar keinen offenen Antisemitismus, steht aber mit fremdenfeindlicher Agitation und rassistischer Argumentation auf dem Boden des politisch instrumentalisierten Vorurteils und wirkt für andere vorbildlich. Ähnliche Befunde ergeben sich im zerfallenen Jugoslawien, in Ungarn und Rumänien.

Die Auflösung der Sowjetunion war von Erwartungen und Ängsten begleitet, die sich in Formeln wie der „russischen Wiedergeburt“ und der „Russophobie“ dunkler westlicher Mächte kristallisierten. Mit dem Wegfall der kommunistischen Einigungsideologie, die alle Völker zum Sowjetvolk in eine internationalistisch definierte sowjetische Gesamtnation zwang, wurden Erklärungen für den Aufstieg und Zerfall des kommunistischen Imperiums benötigt.

Es wäre ein Wunder, hätten nicht Propagandisten in das Arsenal historischer Mythen gegriffen, aus dem Erklärungsversuche geholt wurden, seit Peter der Große das Russische Reich nach Westen öffnete. Igor Schaferewitsch, renommiert als Gelehrter und als Angehöriger der Bürgerbewegung der 60er und 70er Jahre, beschwört die dunklen Mächte des Westens als die Schuldigen am historischen Schicksal Rußlands, das er als Tragödie begreift. Jüdische und freimaurerische Umtriebe werden als Metaphern für Bedrohungsängste eingesetzt - „die Juden“ seien eine tödliche Gefahr für Rußland, heißt es im Rückgriff auf antirationale Denkfiguren des 19. Jahrhunderts - die Parallele zum deutschen Selbstmitleid der Wilhelminischen Epoche ist deutlich.

Im politischen Alltag der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der gekennzeichnet ist durch sozialen Streß, ökonomische Probleme und ethnische Konflikte, werden die Schuldzuweisungen und Erklärungsmodelle für vergangene und aktuelle Schwierigkeiten noch deutlicher formuliert. So klagte der Vorsitzende des Krasnodarer Gebietssowjet im Kubangebiet im vorderen Kaukasus im Frühjahr 1991, „das Problem der zionistischen Gefahr, dieser realen Bedrohung für das Schicksal des russischen Volkes“ werde totgeschwiegen. Wie man früher nichts gegen Stalin sagen durfte, so sei nun der Zionismus tabuisiert. Man brauche nur die Zusammensetzung der politischen Führung seit 1917 zu analysieren, um zu erkennen, daß zeitweise 70-80% der Sowjetführer „Vertreter des Zionismus“ gewesen seien. Und daran habe sich auch nach dem Ende des kommunistischen Regimes nichts geändert. „Diese antisowjetischen Aufwiegler, die sich jetzt Demokraten nennen und sich die von ihnen selbst geschaffenen Schwierigkeiten zunutze machten, haben sich zum Ziel gesetzt, die Perestrojka durch den Aufbau eines uns völlig fremden Systems zu vertauschen, so wie es schon ihre Väter und Großväter getan haben, die den Sozialismus mit dem trotzkistischen Gesellschaftsmodell vertauschten und diskreditierten. Sie haben unsere Wirtschaft und Kultur praktisch schon zersetzt, setzen das Volk einem unerhörten moralischen Terror aus, verstümmelten sein historisches Andenken und seine Zukunft.“<sup>8</sup>

Die alten Mechanismen nationaler Identitätsstiftung und Selbstvergewisserung durch die Ausgrenzung von Minderheiten sehen wir hier wieder in Gang gesetzt; sogar die Argumentation folgt traditionellen Mustern und benützt Formeln wie „Überfremdung“ und „Zersetzung“. „Zionismus“ dient als Metapher für ein traditionelles, antirationales, antiintellektuelles und antiwestliches Erklärungsmodell, im Mittelpunkt steht das russische Volk als leidendes Subjekt, das durch Rückbesinnung auf seine irrationalen Vitalitätskräfte erlöst werden soll. Andere formulierten ihre Heilserwartung, die auf instrumentalisierter Judenfeindschaft basiert, drastischer und aggressiver, bis hin zur Ankündigung von Pogromen. In den rechtsextremen Flügeln der Pamjat-Bewegung bildet der Antisemitismus eine wesentliche Komponente der Ideologie. Die Zielsetzung der russisch-orthodoxen Volksbewegung umfasse „das Erwecken des nationalen und des geistigen Selbstbewußtseins der Russen, die Befreiung der Heimat von der judeosatanistischen Besetzung (judeo-satanins-kaja okkupacija)“, schließlich die „Wiedergeburt Rußlands auf der Grundlage seiner nationalen und religiösen Traditionen.“

Für den Pamjat-Funktionär Konstantin Smirnow-Ostaschwili, der im Herbst 1990 wegen einer Pogrom-Ankündigung von einem Moskauer Gericht zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, gibt es keinen Zweifel an der Schuld am russischen Elend: „Uns ist klar, wer an den Ursprüngen des Kommunismus steht, sowohl der kommunistischen Theorie als auch des tatsächlichen Umbruchs. Es war immer ein und dieselbe Nation: Manche nennen sie „Eingewanderte“, manche „Juden“, „Hebräer“ oder einfach nur „Jidden“. Wir sind überzeugt, daß an unserem Land, an unserer Urbevölkerung - Russen, Ukrainern, Weißrussen -, fast an jeder Nation Genozid begangen worden ist. Das, was Sie sehen, sind die Reste des russischen Volkes. Außerdem ist der Staat beraubt worden, das Wirtschaftslenkungssystem zerstört, die besten Wirtschaftsführer, Industriellen, Geschäftsleute vernichtet worden. Wir werden das Ganze aufdecken. Wir sind sicher, daß man den Juden die Ausreise verbieten muß und sie vor Gericht gestellt werden müssen.“<sup>9</sup> Mit den Topoi, die die Argumentation des Pamjat-Führers bestimmen, ist die Bewegung unschwer als eine rechtsradikale zu definieren, nämlich durch ihren aggressiven Nationalismus und Rassismus, die Neigung zu Konspirationstheorien, die Schuldzuweisungen an eine Minderheit und die Bereitschaft zu deren gewaltsamer Ausgrenzung.

Der Antisemitismus beschränkt sich aber nicht auf die Pamjat-Anhänger und deren Nachfolger im nationalpatriotischen Spektrum Rußlands, wie er ja auch in Westeuropa nicht nur bei Rechtsextremisten vorkommt. Die Wiederbelebung der alten - religiösen, sozialen, kulturellen - Vorurteile gegen Juden kennzeichnet die Situation in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ob sich „die Juden“ für den Kreuzestod Jesu Christi verantworten müßten, wurde in den drei Ländern des Baltikums und in sieben GUS-Staaten bei einer demoskopischen Studie gefragt. Die zustimmenden Antworten bewegten sich zwischen 6% in Estland und 30% in Usbekistan. In Kasachstan waren bei der gleichen Umfrage 23% der Meinung, die Juden übertrieben bei der Darstellung ihrer leidvollen Geschichte gewaltig, in Belorußland wollten gar 54% nicht an die volle Realität des Holocaust glauben. Daß „die Juden“ zuviel Einfluß auf die Weltpolitik hätten, meinen in Moldawien 12% der Befragten, in Aserbaidschan behaupten es 42%.<sup>10</sup>

Wenn die Demoskopen Trends ausmachen, beschreiben sie natürlich nur einen Teil der Wirklichkeit. In der Ukraine, in Weißrußland und in Rußland besteht die Realität des beginnenden nachkommunistischen Zeitalters auch in Friedhofsschändungen, Attacken gegen Denkmäler und Kultstätten und in einer alltäglichen Propagandaflut, die sich in Kampfschriften, Zeitungen und Zeitschriften der Pamjat-Bewegung, neuer „patriotischer“ Gruppierungen und nationalistischer Vereinigungen ergießt. In den GUS-Ländern, die im Zeichen nationalen Aufbruchs von ethnischer Unruhe erfüllt sind, haben die tra-

ditionellen Stereotypen gegen die jüdische Minderheit offenbar identitätsstiftende Funktionen, überdies kanalisieren sie Frustrationen und Aggressionen in gewohnte Schemata.

Die Mutter des Vorurteils heißt Unwissenheit. Welche desinformierende Wirkung Propaganda auf Denkstrukturen und Bewußtsein hatte, brachte die empirische Studie an den Tag, die im Oktober 1990 von einem Moskauer Institut für die Sowjetunion durchgeführt wurde. Auf die Frage, was Zionismus bedeute, wußte die Hälfte der Befragten keine Antwort. 22% hielten Zionismus für eine politische Bestrebung mit dem Ziel jüdischer Weltherrschaft, 8% meinten, es sei eine Ideologie, um „die israelische Aggression im Nahen Osten“ zu rechtfertigen, ebenso viele hielten Zionismus für eine Bewegung mit dem Ziel der Wiederbelebung jüdischer Traditionen und Kultur, 3% glaubten, es handle sich um die Religion des jüdischen Volkes. Eine einigermaßen richtige Antwort wußten 9% der Befragten.“ Welche Position der Antisemitismus in der politischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und bei der Definition nationaler Identität hat, läßt sich an einem Beispiel aus Lettland zeigen. Mitte Juni 1992 gaben politische Organisationen, die dem Lettländischen-Republikanischen Nationalrat angehören, eine öffentliche Erklärung ab, die unter eindeutiger Ablehnung des Antisemitismus eine nationale Standortbestimmung versucht. Es sei klar, heißt es in der Erklärung, daß der Antisemitismus immer die Grundlage von Rußlands Politik und Ideologie gebildet habe, Rußland habe in allen okkupierten Ländern stets Judenfeindschaft verbreitet. Deshalb sei es auch nur möglich gewesen, daß der nationalsozialistische Völkermord vor allem auch auf baltischem Territorium geschehen konnte. Dem Appell an die Letten, die Tatsache des Genozids auf Lettlands Boden und die lettische Mitwirkung daran ohne Einschränkung einzugestehen, folgte die Ankündigung: „Wir werden alles tun, um eine Wiederholung des Genozids und der Judenverfolgung nicht zuzulassen, ebensowenig wie die Ausbreitung des Antisemitismus. Jede Rede, jedes Auftreten, jeden Artikel mit antisemitischem Charakter werden wir als einen Beweis für eine Zusammenarbeit mit dem Spionagedienst des russischen Imperiums werten.“

Hinter dem Versuch, den Antisemitismus als russische Erbsünde darzustellen, steht natürlich auch die Absicht, die historische Schuld der lettischen Judenfeindschaft zu verkleinern. Das wird aus den Reaktionen auf die „Erklärung“ noch deutlicher.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung erschien eine namentlich gezeichnete Erwiderung in einer lettischen Zeitung, die nur als antisemitische Haßorgie charakterisiert werden kann. Der Autor des Artikels, Uldis Freimanis, verstieg sich zu der Behauptung, die Vernichtung der Juden Europas, („das Kappen vertrockneter Aste des Zionismusbaumes“) sei auf Befehl „der Weltmächtigen von Zion“ geschehen, „die Hitler für die Exekution hohe Geldsummen zahlten, was ihm die Möglichkeit gab, im Laufe von ein paar Jahren die mächtigste Armee der Welt mit der modernsten Bewaffnung aufzubauen. Um ihren Staat (Israel) zu errichten, beschlossen die Mächtigen von Zion, diesem Ziel jene Juden Europas zu opfern, die wie die Autoren der „Öffentlichen Erklärung“ die Traditionen ihrer Vorfahren vergessen und ihre völkischen Merkmale verloren hatten.“ Dem ebenso rassistischen wie abstrusen und höhnischen Artikel fügte die Redaktion einen Kommentar an, in dem sie ihre Distanz zum Verfasser des Artikels und zu jeder Form von Antisemitismus beteuerte, der aber mit der Frage schloß, man wisse nicht, in wessen Interesse es sei, „noch und noch einmal an die Frage des Genozids an den Juden zu erinnern und sie herauszustellen, denn Opfer des Genozids sind wir doch alle.“ Die Zeitung habe niemals die Vernichtung der Juden während des Zweiten Weltkrieges gerechtfertigt: „Aber genauso unannehmbar ist es für uns, daß man dem ganzen lettischen Volk eine kollektive Schuld zuschreiben will, für Verbrechen, die zur Zeit der Herrschaft des Nazi- und Rußlandregimes begangen wurden.“<sup>12</sup>

Mit dem Wegfall der offiziösen, durch „antizionistische“ Ideologie motivierten und administrativ exekutierten Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion und in ihren Satellitenstaaten hat sich der Antisemitismus nicht erledigt. Im Gegenteil, angesichts ökonomischer Krisen und weitgehender Perspektivlosigkeit dient der tradierte volkstümliche Antisemitismus als sozialer Kitt für die jeweilige Mehrheit in den Territorien der ehemaligen Sowjetunion ebenso wie in Polen oder auf dem Balkan. Die Mobilisierung des eingängigen Vorurteils hat mindestens die Funktion, von konkreten Problemen und ihren Ursachen abzulenken und simple Erklärungen für komplizierte Sachverhalte zu liefern. Der Versuchung, solche Appelle im Tagesgeschäft zu bemühen, erliegen Politiker immer wieder. Antisemitismus spielt nicht nur im rechtsextremen, ultranationalistischen Lager eine Rolle im politischen Spektrum. Eine Traditionslinie läßt sich auf die stalinistische Judenfeindschaft zurückführen und weiter zurück zur Zarenherrschaft.<sup>13</sup>

Der zaristischen Geheimpolizei verdanken wir eines der wirkungsvollsten antisemitischen Konstrukte, die „Protokolle der Weisen von Zion“.<sup>14</sup> Ihre Renaissance ist das deutlichste Indiz für die Wiederbelebung des zaristischen Antisemitismus, der damals ein Bündnis sozial deklassierter Schichten mit den konservativen Eliten war. Mit Hilfe des Antisemitismus als Erklärungsmodell soll die den Machtinteressen der Konservativen und Kommunisten gleichermaßen zuwiderlaufende Entwicklung in Rußland in

Richtung einer bürgerlichen westlichen Demokratie entgegengesteuert werden. Im politischen Alltag bedeutet dies die Denunziation von Demokratie als einem teuflischen jüdischen Plan zur Versklavung des russischen Volkes.

Seit 1991, angeführt von kommunistischen Funktionären, Direktoren großer Kombinate, hohen Militärs, mobilisieren politisch Deklassierte und ökonomisch Verarmte als Opfer der neuen Verhältnisse Ressentiments gegen Juden, wie der kommunistische Duma-Abgeordnete Albert Makashow („Alle Saujuden ins Grab“) oder Gennadi Sjuganow, der sich in seinem Buch „Ich glaube an Rußland“ als Antisemit bekennt: „Auf die Weltanschauung, die Kultur und Ideologie der westlichen Welt beginnt die jüdische Diaspora einen immer spürbareren Einfluß auszuüben, dessen Wirkung nicht in Tagen, sondern buchstäblich in Stunden wächst. Die jüdische Diaspora, die traditionell das Finanzleben des Kontinentes kontrolliert hat, wird durch die Entwicklung „ihres Marktes“ zum Besitzer des Aktien-„Kontrollpaketes“ aller wirtschaftlichen Systeme der westlichen Zivilisation. Die Motive einer besonderen Auserwähltheit, einer „höheren Vorherbestimmung“ für die Führung der Welt und die eigene Exklusivität sind der religiösen Lehre der Juden so stark eigen, daß sie beginnen, einen beträchtlichen Einfluß auf das westliche Bewußtsein auszuüben. Seine messianistische Anmaßung verwurzelt sich immer tiefer und zeigt sich in immer heftigeren Formen.“<sup>15</sup>

Perestrojka und das Ende der Sowjetunion werden als Ergebnis fremdgesteuerter, zielbewußter Zerstörung wahrgenommen. Der klassische Text zum „Beweis“ der Verschwörungstheorie, die „Protokolle der Weisen von Zion“, erlebt in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine ungeahnte Renaissance, ist überall als Neudruck erhältlich und im öffentlichen Diskurs präsent. Ein Beispiel aus der „Nationalen Rettungsfront“, der größten Organisation im national-patriotischen Spektrum, illustriert dies deutlich. Der Text stammt von einem kommunistischen Mitglied des Bündnisses: „Der Schlüssel zum Verständnis der Perestrojka liegt in den berühmten Protokollen der Weisen von Zion“. Um den Staat zu vernichten, halten es die „Weisen“ nicht für nötig, ihn kriegerisch anzugreifen, einfacher ist es, ihn von innen zu sprengen... Aber vorher muß das Volk durch ideenreiche Köder zu sich gezogen werden. Am besten eignet sich dafür die Losung: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Die „Weisen“ denken, daß das Haupthindernis bei der Errichtung ihrer Macht in der nationalen Elite der nichtjüdischen Staaten - ihrer Aristokratie - besteht. Die nationale Elite oder die Aristokratie der Goijm, wie sie in den Protokollen genannt wird, ist im Unterschied zur Menge fähig, sich über die Gerissenheit der Weisen klarzuwerden und ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb wird der Auflösung der Aristokratie der Goijm in den „Protokollen“ erstrangige Bedeutung beigemessen. Dies wird durch die Kampagne, des Kampfes gegen die Privilegien“ erreicht, die mit Vergnügen von den Massen aufgegriffen wird.“<sup>16</sup>

Alexander Schabanow, Professor an der Staatlichen Universität Moskau, Kommunist, Stellvertreter der Vorsitzender der KPRF, behauptet: „Wir bemerken außerdem, daß der Zionismus in Rußland immer besonders aktiv war, da die Idee der Weltherrschaft ohne die Unterwerfung des an Rohstoffen reichsten Landes der Welt für die Zionisten ihren Sinn verlieren würde.“<sup>17</sup> Zionismus als eine der drei Hauptideologien neben dem Kapitalismus und dem Kommunismus wird von Schabanow als das Streben der Juden nach Weltherrschaft interpretiert. Im Interesse des Zionismus liege insbesondere die Schwächung des russischen Staates, ein Instrument des Zionismus sei die Mafia und Ziel sei das Chaos. Zur Ausnutzung realer Ängste, vor der Mafia, vor politischem Chaos gehört die Beschwörung von Mythen wie der Ritualmordvorwurf oder die Behauptung einer „jüdischen Okkupation Rußlands“.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) agiert derzeit als linke Opposition im nationalpatriotischen Gewand. Vom radikalen Chauvinismus der äußersten Rechten setzt sie sich ab, obwohl sie tatsächlich eine rechte nationalistische Partei ist und Antisemitismus im Schilde führt. Die Entwicklung in Rußland ist noch nicht absehbar. Die Tendenz geht möglicherweise in Richtung eines wiederbelebten Staatsantisemitismus, wie er zur Zarenzeit herrschte.

## **ANMERKUNGEN:**

1. Ergebnis einer im Auftrag des American Jewisti Committee in drei osteuropäischen Staaten durchgeführten desmoskopischen Studie: Attitudes toward Jews in Poland, Hungary and Czechoslovakia. A comparative survey, conducted by Penn and Schoen Associates, Demoskop Research Agency (Poland), Median Inc. (Hungary) Association for Independent Social Analysis, January 1991.
2. Werner Bergmann, Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Bergmann/ Rainer Erb, Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 108-130.

3. EMNID, Antisemitismus, Repräsentativbefragung im Auftrag des WDR, 1986; EMNID, Zeitgeschichte, Bielefeld 1989; Institut für Demoskopie Allensbach, Ausmaß und Formen des heutigen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, von Renate Köcher, Allensbach 1987.
4. Werner Bergmann/ Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 -1989, Opladen 1991, S. 57 f.
5. Spiegel-Umfrage 1992, vgl. Spiegel-Spezial Nr. 2/ 1992: Juden und Deutsche, S. 70.
6. Vgl. Beate Kosmala (Hrsg.), Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin 2000.
7. Vgl. Dietrich Geyer, Das Ende des Sowjetimperiums. Eine historische Betrachtung, in: Osteuropa 42 (1992), S. 295-302.
8. Literaturnaja Gazeta, Nr. 22, vom 5.6.1991.
9. Zitat nach: „Solidarisch mit den gesunden patriotischen Kräften..." Gespräch mit einem führenden Funktionär der „Pamjat“-Bewegung in der Sowjetunion, in: Osteuropa 41 (1991), S. A88-A94.
10. Antisemitism World Report 1992, S. 60 f. S.a. die folgenden Jahressbände der Serie Antisemitism Worldwide, hrsg. von Dina Porat/ Roni Stauber (Tel Aviv University), zuletzt 1998/ 9, Lincoln, Nebraska 2000.
11. Attitudes toward Jews in the Soviet Union: A National Survey. Conducted for the American Jewish Committee by the Soviet Center for Public Opinion and Market Research, Moscow, October 1990.
12. Die „öffentliche Erklärung" erschien am 19.6.1992 in der Zeitung Lauku Avize („Land-Zeitung"), die Entgegnung in „Pilsonis" („Der Bürger"). Für die Vermittlung und Übersetzung der Texte bin ich Prof. Bernhard Press, Berlin, sehr zu Dank verpflichtet.
13. Angelika Heider und Tamar Rapoport, Die „Normalisierung" antisemitischer Erfahrungen. Junge russisch-jüdische Migranten erinnern ihre Kindheit in der Sowjetunion, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1999), S. 82-106.
14. 14. Wolfgang Benz, Diffamierung aus dem Dunkel. Die Legende von der Verschwörung des Judentums in den „Protokollen der Weisen von Zion", in: Uwe Schultz (Hrsg.), Große Verschwörungen. Staatsstreich und Tyrannensturz von der Antike bis zur Gegenwart, München 1998, S. 205-217.
15. Vgl. Markus Mathyl, Staatlicher Antisemitismus in Rußland - Renaissance oder Auflösung?
16. Ebenda, S. 62.
17. Ebenda, S. 64.

#### **DER AUTOR:**

Wolfgang Benz, geboren 1941, Studium (Geschichte, Politische Wissenschaft, Kunstgeschichte) in Frankfurt a. M., Kiel, München, 1969 bis 1990 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München. 1986 Gastprofessor an der University of New South Wales (Sydney), Mitgründer und Herausgeber der Zeitschrift „Dachauer Hefte", Herausgeber mehrerer Buchreihen, seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung. Geschwister-Scholl-Preis 1992. Vorsitzender der Gesellschaft für Exilforschung. Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 70/71 2001, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>